ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Stabilisierungspolitik - Straßenbenutzungsgebühr - USA - Tropenwald - UdSSR

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1989) : Kurz kommentiert: Stabilisierungspolitik - Straßenbenutzungsgebühr - USA - Tropenwald - UdSSR, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 69, Iss. 3, pp. 117-118

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/136493

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Stabilisierungspolitik

Rauheres Preisklima

Das Emporschnellen der Preissteigerungsraten nach der Jahreswende – auf 2,6 % beim Preisindex für die Lebenshaltung und 2,9 % bei den Erzeugerpreisen – hat für erhebliche Aufregung gesorgt. Der Preisschub ist jedoch in erster Linie das Ergebnis der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuererhöhungen und Anhebungen öffentlicher Gebühren sowie eines „Basiseffekts"; er spiegelt insofern keine grundlegende Änderung der Preistendenzen wider. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, daß sich das Preisklima in den letzten Monaten spürbar verschlechtert hat. Mit der Festigung von Ölpreis und Dollarkurs haben sich die Teuerungsimpulse aus dem Ausland merklich verstärkt; im Januar waren die Einfuhrpreise um fast 6 % höher als ein Jahr zuvor. Auch sind durch die hohe Kapazitätsauslastung, die günstige Konjunkturentwicklung und die reichliche Geldversorgung die Preiserhöhungsspielräume in der Bundesrepublik größer geworden.

Die Verschlechterung wichtiger außen- und binnenwirtschaftlicher Stabilitätsbedingungen stellt eine erhebliche Herausforderung für die Geldpolitik dar. Sie muß möglichst frühzeitig der Entstehung und Ausbreitung von Inflationserwartungen entgegenwirken, auch um der Gefahr zu begegnen, daß es zu Reaktionen der Lohnpolitik kommt, die bisher alles in allem eher stabilisierend wirkt. Mit der Heraufsetzung der Leitzinsen im Januar, die durchaus auch im Einklang mit wechselkurspolitischen Vorstellungen stand, hat die Bundesbank die geldpolitischen Zügel gestrafft. Es bleibt aber abzuwarten, ob das schon ausreicht, die Geldmengenexpansion auf den angestrebten Pfad zurückzuführen. ew

Straßenbenutzungsgebühr

Mangelhaftes Konzept

Bundesverkehrsminister Warnke hat seine Pläne zur Einführung der Straßenbenutzungsgebühr für den Schwerverkehr konkretisiert. Für ausländische und inländische LKWs soll ab 1990 entsprechend der unterschiedlichen Straßenbeanspruchung (nach Gewicht und Achszahl) eine Schwerverkehrsabgabe zwischen 2000 DM und 7000 DM erhoben werden. Gleichzeitig sollen die Kfz-Steuern pro LKW in der Bundesrepublik um rund 7000 auf 3000 bis 3500 DM gesenkt werden, so daß inländische Fuhrunternehmer nicht zusätzlich belastet, sondern eher entlastet werden. Diese Maßnahme soll Rahmenbedingungen für den Start des europäischen Binnenmarktes schaffen, die Inländer und Ausländer möglichst gleich behandeln.

Diese Gesetzesvorlage ist aus zwei Gründen zu kritisieren. Einerseits werden Wettbewerbsunterschiede nur zum Teil abgebaut, da konkurrierende Unternehmen verschiedener Nationalität für den Transport auf der gleichen Strecke mit unterschiedlich hohen Kfz-Steuern belastet werden. Andererseits entstehen neue Wettbewerbsnachteile für deutsche Transporteure, die bei überwiegender Nutzung des ausländischen Straßennetzes die gleiche pauschale Straßenbenutzungsgebühr wie der nur im Inland fahrende Konkurrent zahlen müssen.

Besser ist da das von der EG-Kommission propagierte Territorialitätssystem. Hiernach wird die nationale Differenzierung der LKW-Steuersätze weiterhin zugelassen, da das Straßennetz in den einzelnen Staaten auch unterschiedlich stark genutzt wird und unterschiedliche externe Effekte (z. B. Umweltschutz) auftreten. Jedes Verkehrsunternehmen zahlt nach diesem System dort die Kfz-Steuern in der jeweiligen Höhe, wo es auch tatsächlich fährt. Hierdurch können nicht nur Wettbewerbsunterschiede ausgeglichen werden, es bleiben auch die nationalen Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. cw

USA

Offensichtliche Risiken

Die amerikanische Zentralbank hat am 24. Februar den Diskontsatz von 6,5 % auf 7 % angehoben. Der Beschluß war vor dem aktuellen Hintergrund beschleunigter Preissteigerungen zu Beginn dieses Jahres erwartet worden; bei seiner Beurteilung gingen die Meinungen in den USA allerdings auseinander. Es wurde einmal von einem zu schwachen Signal gesprochen, das eigentlich nur Markttendenzen Rechnung trage. Angesichts der schon im vergangenen Jahr gemessenen Teuerungsrate von reichlich 4 % hielten viele Beobachter eine noch entschiedenere Reaktion für angemessen.

Andererseits wurde von Regierungsseite vor einer Überschätzung der Inflationsgefahren gewarnt. Die Administration hat dabei vor allem die absehbaren Auswirkungen höherer Zinssätze auf die Budgetplanung und insbesondere auf die Kosten der dringlichen Sanierung des Sparkassensektors im Auge. So würde hier schon

eine Erhöhung der Zinsen am Kapitalmarkt um einen Prozentpunkt den bis 1999 erforderlichen Betrag – zuletzt auf 40 Mrd. Dollar geschätzt – rechnerisch um weitere 5,2 Mrd. Dollar nach oben treiben. Damit geriete die zur Haushaltskonsolidierung angekündigte „flexible Einfrierung" von Ausgaben schon vor ihrer Konkretisierung ins Wanken.

So wie die amerikanische Regierung gegenwärtig die Augen vor den Inflationsgefahren verschließt, ging schon ihr Entwurf für das nächste Budget von wirklichkeitsfremden Annahmen aus. Faktisch wird damit die Stabilisierung allein der Zentralbank aufgebürdet. Die fehlende Abstimmung von Geld- und Finanzpolitik schafft erhebliche Unsicherheit über den künftigen Kurs der amerikanischen Wirtschaftspolitik. Da zugleich der Prozeß der außenwirtschaftlichen Anpassung ins Stokken geraten und insoweit die Position des Dollars labiler geworden ist, sind die Risiken für die USA wie für die Weltwirtschaft offensichtlich. cb

Tropenwald

Geteilte Verantwortung

Die Wissenschaftler haben lange gebraucht, um uns für die Gefährdung des Tropenwaldes zu sensibilisieren. Inzwischen kommt es uns recht flüssig von den Lippen, daß jährlich ein Areal von der Größe der Bundesrepublik vernichtet wird, dabei wertvolle Arten verloren und weite Flächen degradiert werden, vor allem aber das weltweite Klima zunehmend in Gefahr gerät. Bereits in 60 Jahren soll der Tropenwald bei anhaltender Tatenlosigkeit irreversibel verloren sein.

Einseitige Schuldzuweisungen verkennen die Vielfalt der Einflußfaktoren. Weder erklärt unser Tropenholzimport die Misere auch nur annähernd, noch liegt es allein an den brandrodenden Bauern. Vielmehr müssen industrielle, infrastrukturelle und bergbauliche Großprojekte ebenso kritisch hinterfragt werden wie flächenzehrende landwirtschaftliche Erschließungsprogramme. Nur dann wird klar, daß sich Industrie- und Entwicklungsländer die Verantwortung teilen müssen. Von beiden Seiten ist daher auch ein wirkungsvoller und rascher Lösungsbeitrag zu verlangen.

Die Bundesregierung ist nach der jüngsten Parlamentsdebatte konkrete Maßnahmen schuldig geblieben. Importrestriktionen für den Tropenholzhandel würde sie, wenn überhaupt, nur im EG-Rahmen durchsetzen können. Zu den sich abzeichnenden Optionen gehören ein Schuldenerlaß mit Umweltschutzauflagen ebenso wie schärfere Umweltverträglichkeitsprüfungen für Entwicklungshilfeprojekte. Dies reicht jedoch bei weitem nicht aus. Viele Tropenländer verdrängen ihre eigene Verantwortung und setzen lieber „debt-for-nature-swaps" als Druckmittel ein, als umgehend ihre naturvernichtende Entwicklungsstrategie zu revidieren, Brandrodung, Holzeinschlag und Wiederaufforstung unter Kontrolle zu bringen, und mit einer umweltkonformen Tropenwaldnutzung zu beginnen. bo

UdSSR

Nachdenken über IWF-Beitritt

Seit etwa drei Jahren greift die westliche Presse in regelmäßigen Abständen Meldungen über einen möglichen sowjetischen IWF-Beitritt auf, die bislang ebenso regelmäßig von sowjetischer Seite dementiert wurden. Ohne Frage wird in der Sowjetunion trotz der Dementis ernsthaft über eine Fondsmitgliedschaft nachgedacht, auch wenn die alten Bedenken – insbesondere gegen die Dominanz des Dollars im Weltwährungssystem und die Stimmenverteilung im Fonds – keineswegs ausgeräumt sind. Aber die Zeit für einen Beitritt der UdSSR scheint noch nicht reif.

Zwar behindert die Nichtkonvertibilität der sowjetischen Währung einen Beitritt zum Fonds nicht grundsätzlich, aber die dadurch bedingte Randstellung der UdSSR im Fonds kann einer Weltmacht kaum genehm sein. Trotz einer voraussichtlich hohen Quote und eines entsprechenden Stimmenanteils bliebe ihr Einfluß auf das Weltwährungssystem gering, denn ihre Währung käme weder für Zahlungsbilanzhilfen des Fonds noch für die Verwendung als Reservemittel in Betracht. Zudem wäre der unmittelbare Nutzen einer Fondsmitgliedschaft für die UdSSR eher gering, da sie dank ihres internationalen Kreditstandings auf Zahlungsbilanzhilfen des Fonds nicht angewiesen ist.

Auf der anderen Seite scheinen insbesondere die USA noch nicht bereit zu sein, ihre Bedenken gegen eine sowjetische Mitgliedschaft aufzugeben. Nicht zuletzt wird immer noch befürchtet, daß eine wachsende Zahl sozialistischer Länder im Fonds gemeinsam mit den Entwicklungsländern ihre Stimmrechte für eine Finanzierung „sozialistischer Wirtschaftsexperimente" einsetzen könnte. Zwar reicht der 19%ige Stimmenanteil der USA im Fonds allein nicht aus, einen Beitritt der UdSSR auf Dauer zu verhindern, jedoch ist der US-Einfluß groß genug, eine Mitgliedschaft beträchtlich hinauszuzögern. pp